Startprogramm 2006 - Bausteine III - V

Erfolgreiche Wirtschaftspolitik für Berlin

In Berlins CDU ziehen alle an einem Strang. Das vom Landesparteitag beschlossene Papier stellt einen weiteren wichtigen Baustein, den vierten, für das Startprogramm 2006 zur Ablösung des rot-roten Senats dar. Dabei hebt die CDU Berlin besonders hervor, dass Arbeitnehmer und Unternehmen nur im gleichwertigen, partnerschaftlichen Miteinander die schwierige Lage Berlins meistern können. Die größte Chance liege heute in der sich für Berlin mit der EU-Osterweiterung ergebenen europäischen Dimension.

Foto: Boettcher

CDU-Landesvorsitzender Joachim Zeller

Die CDU will Berlin auf einem Weg sehen, auf dem es sich vom „Bevormundungsstaat“ in einen „Freiheits- und Chancengarant“ verwandelt. Das heißt für die CDU im ersten Schritt: Entbürokratisierung und konsequent Unternehmensbeteiligungen des Landes abstoßen. In Berlin müsse wieder eine Kultur entstehen, die Menschen motiviert, unternehmerischen Verantwortung zu übernehmen. Eine Staatsquote in Berlin von fast 70%, wettbewerbliche Ausnahmebereiche und eine ungezügelte Verschuldungspolitik bremsen dabei nach Auffassung der CDU-Berlin unternehmerische Initiative. Ganz dem Motto des Parteitags „Wirtschaft + Bildung = Zukunft für Berlin“ entsprechend, sieht das Papier Bildungs- und Forschungsausgaben als Zukunftsinvestitionen. Bildung versetze Menschen in die Lage, ihren Lebens- und Berufsweg eigenverantwortlich zu gehen. Dabei müssen Familie und Beruf leichter vereinbar sein und das enorme Wissenspotenzial älterer Arbeitskräfte wieder mehr genutzt werden. Integrationspolitik muss sich vorrangig an der Förderung und Sicherung von Arbeit orientieren. Die CDU-Berlin bekennt sich außerdem in ihrem Baustein ausdrücklich zu der Aufbauleistung der Unternehmer mit Migrantenhintergrund. Sie will in enger Zusammenarbeit mit den bestehenden Interessen- und Arbeitgebergruppierungen diesen Teil der Berliner Unternehmerschaft enger in die politischen Entscheidungsprozesse einbinden.

Die CDU Berlin hält an dem Projekt eines gemeinsamen Bundeslandes BerlinBrandenburg fest, die Wirtschaftsförderpolitik müsse aber schon heute abgestimmt werden. Gerade wegen der EU-Osterweiterung dürfe Berlin als Verkehrsknotenpunkt innerstädtisch wie überregional nicht Modellprojekt rot-rot-grüner Verkehrsblockade-Doktrin werden. Die CDU fordert die Fertigstellung des Berliner Ring- und Radialstraßensystem (vor allem Innerer Ring, A 100 und A 113). Zur Sicherung des Flughafen-Standorts BerlinBrandenburg gehöre, dass der Flughafen Berlin-Tempelhof frühestens bei Inbetriebnahme von BBI geschlossen werden darf und die Flughäfen eine entsprechende Straßen- und Bahnanbindung bekommen. Berlin solle Existenzgründerstadt Nummer 1 werden, dazu will die CDU-Berlin mehr Gewerbefreiheit wagen, etwa bei gestrafften Genehmigungsverfahren, mit kompetenter Gründerberatung und befristeten Landesbürgschaften sowie durch vereinfachte und zügigere Genehmigungsverfahren.

Alle Anstrengung diene, so die CDU, letztlich aber der Schaffung neuer Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt und dazu seien Lohnkostenzuschüsse geeigneter als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen.

Mit Mut und Verlässlichkeit - für eine Zukunft der Wissenschaft in Berlin

In keiner Region Europas konzentrieren sich Einrichtungen der Wissenschaft und Forschung so wie in Berlin - in dieser an Produktion und Industrie armen Region - die entscheidende Standortstärke Berlins.

Die CDU zeigt sich in dem beschlossenen Papier bereit, den Hochschulen und Forschungsinstituten größtmögliche Freiheiten einzuräumen, damit sie ihrem Auftrag gerecht werden können und sich nicht in Abwehrkämpfen gegen eine uneinsichtige Landespolitik verausgaben.

Konkret nennt die CDU Berlin ihre Zielsetzung, 100 000 ausfinanzierte Studienplätze zu schaffen. In der Region Berlin-Brandenburg sollen auch die Fachhochschulstudienplätze ausgebaut werden. Freiwerdende Mittel seien zum Ausbau und für die Neubildung von Schwerpunkten einsetzen. Zudem sei die Einführung fremdsprachlicher grundständiger Studiengänge zu unterstützen. Universitäten, außeruniversitäre Forschung und Industrie müssten personell stärker als bisher miteinander verknüpft werden. Public-Private-Partnership-Modelle haben sich bewährt und müssten ausgebaut werden. Private Hochschulen seien ebenso willkommen.

Die „Leuchttürme“ der Berliner Forschung, wie Biotechnologie, Verkehrsforschung, Informations- und Computertechnologie, die optischen Technologien, Medienwissenschaften und die Materialforschung, müssen durch die gemeinsame planerische Unterstützung Berlins und Brandenburgs gefördert und ausgebaut werden. Um kurzfristig auf Forschungsvorhaben und –erfolge reagieren zu können, müsste dabei ein Innovationsfonds im Wissenschaftsressort als eigenständige finanzielle Ressource zur Verfügung stehen.

Die Autonomie der Hochschulen müsse weiter gestärkt werden, betont die CDU Berlin. Dazu gehörten spezifische Wissenschaftstarifverträge und etwa auch ein erleichterter Umgang mit Drittmitteln. Den Anteil der Frauen bei den Proffessuren will die CDU ebenso stärken wie das Recht der Hochschulen, durch eigenständige fächerspezifische Auswahlverfahren in einer Übergangsfrist von fünf Jahren ihre Studierenden selbst auszuwählen. Die CDU tritt dafür ein, innerhalb dieser Frist die ZVS abzuschaffen. Die CDU macht sich für die Erhebung sozialverträglicher Studienbeiträge stark, wobei auch in Zukunft niemandem ein Hochschulstudium aus finanziellen Gründen verwehrt sein dürfe. Die Beiträge sollen von den Hochschulen erhoben werden und dort verbleiben. Daneben sollen leistungsbezogener Stipendien vergeben werden.

Universitäre, außeruniversitäre und industrielle Forschung sollen deutlich stärker als bisher miteinander verknüpft werden. Die Technologiestandorte Adlershof und Buch müssen in Fortführung der von der CDU in den 1990er Jahren vorgenommenen Profilierung ausgebaut werden. Die Universitätsmedizin sieht die CDU als besondere Herausforderung für die Gesundheitsstadt Berlin. Es sei zu befürchten, dass das Großunternehmen Charité mit 15.000 Beschäftigten nicht erfolgreich zu manövrieren ist. Mit dem Ziel einer stärkeren Dezentralisierung fordert die CDU daher, bereits nach drei Jahren eine Evaluierung der neuen Charité-Struktur vorzunehmen. Das drittklassige Vorschaltgesetz müsse zügig durch ein modernes, schlankes Hochschulmedizin-Gesetz ersetzt werden.

Die enge Bindung der FU an ihr Klinikum in Steglitz solle gewahrt bleiben und der erfolgreich gestartete Reformstudiengang Medizin an der Humboldt Universität müsse als einziger derartiger Modellversuch bundesweit erhalten bleiben und künftig auch vom Land Berlin gefördert werden.

Foto: Boettcher

SCHULE IN BERLIN

Leistungs- und wertorientiert

Breit wurde er diskutiert, der Baustein Nr. 4 mit dem Titel „Schule in Berlin – leistungs- und wertorientiert, bewahren und erneuern“, am Ende aber mit große Zustimmung vom Landesparteitag angenommen.

Die Berliner CDU will neue Maßstäbe in der Bildungspolitik setzen. Das schulpolitische Konzept wird Grundlage für ein späteres Wahlprogramm sein. Es stellt Leistungs- und Werteorientierung in den Vordergrund und bekennt sich eindeutig zum mehrgliedrigen Schulsystem. Leistungsstarke Schüler sollen künftig schon nach der vierten Klasse auf weiterführende Schulen wechseln können. Insgesamt gilt dabei, dass allen Schülern unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem jeweiligen sozialen Umfeld gleiche Bildungschancen ermöglicht werden müssen. Die Christdemokraten wollen außerdem das Einschulungsalter auf fünf Jahre herabsetzen und nur die Kinder einschulen, die über ausreichende Deutschkenntnisse verfügen. Zur Feststellung des Sprachstandes sollen alle Kinder im Alter von vier Jahren getestet werden. Für Kinder mit geringen Deutschkenntnissen will die CDU eine Vorklassenpflicht einführen. Grundtugenden wie Fleiß, Ordnung, Pflichtbewußtsein und Disziplin werden im Bildungskonzept ausdrücklich als Werte benannt, die Schule vermitteln müsse. In diesem Zusammenhang wird die Einführung eines Wahlpflichtfaches Religion-Ethik/Philosophie für alle Schüler bis zum Abitur gefordert. Islamkundlicher Unterricht soll in deutscher Sprache und unter staatlicher Schulaufsicht erfolgen. Religiöse Symbole, bei denen der Verdacht besteht, daß sie nicht den Werten des Grundgesetzes entsprechen, sollen verboten werden. Dazu gehört auch das Kopftuchverbot für Erzieherinnen. Ferner sieht das Bildungsprogramm zentrale Abschlussprüfungen sowie die Wiedereinführung eines Berufsschulpflichtjahres für Schulabgänger ohne Lehrstelle oder Arbeitsplatz vor. Der zunehmenden Gewaltbereitschaft an den Schulen will die CDU mit dem Einsatz von Sozialpädagogen und Schulpsychologen an jeder Schule begegnen. Auch die Eltern, Lehrer, Schulleitungen und Bezirke werden nach dem CDU-Papier gefordert. Voraussetzung für einen guten Erfolg in der Schule ist die Erziehung im Elternhaus. Ebenso sieht die Union die Lehrer als Vorbilder, die dieser Funktion gerecht werden müssen. Den Schulen und Bezirken sollen inhaltliche wie finanzielle Kompetenzen übertragen werden.

Das sagt die Presse:

„...Nach beiden Reden klatschten die Delegierten länger als es die Höflichkeit gebietet. Und wenn denn Beifall einen Klang hat, dann klang er für Zeller und Zimmer diesmal weniger demonstrativ als beim vergangenen Parteitag. Er klang nach Anerkennung.“ (Tagesspiegel, 14.11.2004)

„... Was fast zeitgleich (zum Grünen-Parteitag) am Samstag die Union vorlegte, nannte (der Grünen-Landesvorsitzende) Heyer-Stuffer „bildungspolitische Steinzeit pur“. Enttäuscht wurde er aber, falls er von seinen Parteifreunden einhellig laute Buhrufe für Zitate aus dem CDU-Papier erwartete – etwa dass Fleiß, Ordnung, Disziplin, Höflichkeit, Pünktlichkeit und Ehrlichkeit zu fördende Grundtugenden seien. Gemurmel in den Reihen vermittelte den Eindruck, dass nicht alle Delegierten darin Schlechtes sahen...“ (Tageszeitung, 15.11.2004)

„.... Beide Oppositionsparteien demonstrierten gestern Geschlossenheit, was bei der CDU nach den Personalquerelen der Vergangenheit weniger zu erwarten war. Selbst eine Debatte über Satzungsänderungen verlief fast einstimmig.“ (Morgenpost, 14.11.2004)

TION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTATION +++ DOKUMENTA